



Essay

«Hört auf, uns zu helfen»

Die Schweiz unterstützt Afrika mit Milliarden. Private Unternehmer, die in Afrika legale Geschäfte tätigen, werden hingegen effizient behindert. Nur schon die Eröffnung eines Bankkontos ist fast unmöglich.

Von Michael W. Büchi

Im November 2008 eröffnete meine Frau mit einem senegalesischen Partner eine Firma zwecks Vermittlung von wohlhabenden Privatpatienten aus dem Ausland an Schweizer Kliniken. Der Vermittler, der den Kontakt zwischen den Patienten und dem geeigneten Spital herstellt, erhält eine Provision. Neu ist dieses Geschäftsmodell nicht. Doch üblicherweise liessen sich vermögende Afrikaner bislang in Frankreich oder Grossbritannien behandeln.

Dritteltisten mögen die Nase rümpfen, dass sich reiche Afrikaner leisten können, was ihren armen Landsleuten verwehrt bleibt. Man kann diese Haltung auch als rassistisch und kolonialistisch bezeichnen. Warum sollte ein Afrikaner sich nicht wie ein Italiener oder ein Chinese im Ausland behandeln lassen können, wenn er es sich leisten kann? Etwa weil er schwarz ist? Wie auch immer, die Vermittlung von Patienten ist ein legales Geschäft.

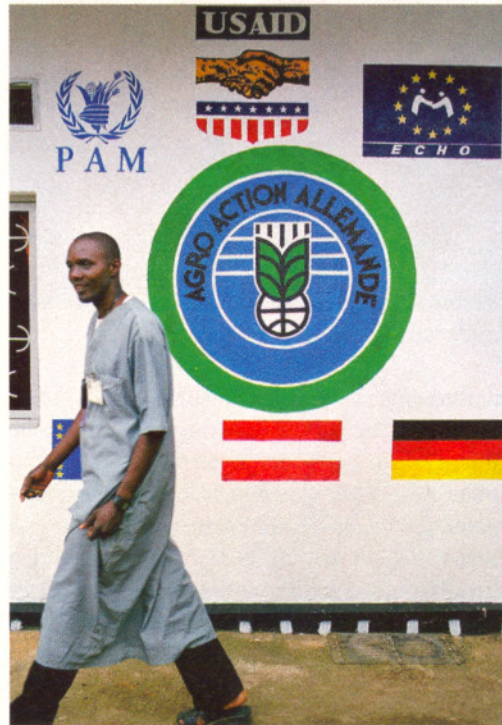
Da ich ebenfalls über eine Einzelunterschrift in der Firma meiner Frau verfügte, vereinbarte ich einen Termin bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB), der ich privat seit vielen Jahren mein Geld anvertraue. Nach einer allgemeinen Schilderung unseres Geschäftsmodells war der Firmenkundenberater zuerst von der Idee angetan. Als ich ihm jedoch erklärte, dass sich unsere Firma auf afrikanische Kundschaft konzentrieren würde, verfinsterte sich seine Miene. Die tiefen Falten, die sich auf seiner Stirn bildeten, sprachen Bände. Schliesslich teilte er mir mit, dass er die Compliance-Abteilung konsultieren müsse, dass es aber kompliziert werden könnte. Afrika, das sei heikel.

Nach einigen Tagen teilte mir die ZKB mit, aus nicht näher bezeichneten «Gründen der Compliance» möchte man von einer Kontoeröffnung absehen. Indirekt sagte man mir, es könne nicht ausgeschlossen werden, dass bei einem derartigen Geschäftsmodell unsauberes Geld auf die Bank fliesst und Geldwäscherei möglich ist.

Wie man durch die Implantierung eines künstlichen Kniegelenks oder einer Herzklappe Geld waschen soll, ist mir schleierhaft. Nun könnte man sagen, dass alle, die in Afrika reich werden, irgendwie nicht koscher sind. Denkt man diese Argumentation zu Ende, öffnen sich Abgründe. Man unterstellt damit, dass eine wirtschaftliche Entwicklung in Afrika nicht möglich ist und der Kontinent auf immer und

ewig von den milden Gaben aus dem Norden leben müsse. Ich liess diese Gedanken in ein Schreiben an die Geschäftsleitung der ZKB einfließen. Ich bekam darauf lediglich den Bescheid, dass man leider «auf den Entscheid nicht zurückkommen» könne.

Wie die *Weltwoche* (Nr. 45/2010) berichtet, hat dieselbe ZKB den einschlägig vorbestraften



Gewaltige Schäden: Entwicklungshilfe.

Hanfzüchtern von Ossingen, die tonnenweise Marihuana anbauen und damit dealten, mehrere Konti zur Verfügung gestellt. Wie die Ermittlungen der Polizei ergaben, hatten die Hanf-Grossisten problemlos Millionenbeträge (zum Teil in Cash) über fünfzehn Konten bei der Zürcher Kantonalbank, bei der UBS sowie bei der Postfinance verschoben. Offenbar hatte keine Compliance-Abteilung je Bedenken.

Jährlich werden Milliarden an Steuergeldern aus Europa in Entwicklungsprojekte für Afrika gepumpt. Die Zürcher Staatsbank lehnt es derweilen ab, private Initianten auch nur gewähren zu lassen. Dahinter steckt System. Der bekannte ugandische Journalist Andrew Mwenda hat die Problematik in einem Vortrag mit dem Titel «Please Stop Helping Us» auf den Punkt ge-

bracht: Statt die Empfängerländer von ausländischer Hilfe abhängig zu machen und damit jede Eigeninitiative zu ersticken, sollte man ihnen Möglichkeiten offenlassen, überhaupt ins Geschäft zu kommen.

Die Schäden, die Hilfsgelder aus dem Norden in Afrika angerichtet haben, sind gewaltig. Die Milliarden haben korrupte Regierungen und morsche Strukturen künstlich am Leben erhalten und Reformen verhindert. Die Entwicklungshilfe – oder «Zusammenarbeit», wie man heute heuchlerisch sagt – hat die kolonialen Abhängigkeiten zementiert, ganze Völker zu Bettlern degradiert und in den betroffenen Ländern die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft torpediert.

Nicht korrupter als Italien

Immer noch herrscht die Mentalität vor, dass dem Afrikaner gesagt werden muss, was gut für ihn ist. Kommt er als Handelspartner auf eigene Ideen, werden diese hochnäsiger abgewürgt, indem Compliance-Gründe vorgeschoben werden. Wie steht es denn wirklich mit der Kriminalität und der Korruption in Afrika?

Gemäss Transparency International finden sich afrikanische Länder zwar nach wie vor in den wenig glorreichen Spitzenrängen der Bestechlichkeitsskala. Aber es gibt Unterschiede. Staaten wie Namibia, Südafrika, Botswana und sogar Ghana stehen gemäss dieser Skala in gewissen Gebieten mittlerweile besser da als Italien oder Griechenland. Warum werden Geschäfte mit Letzteren nicht abgelehnt? Wo liegt hier der Unterschied?

Während französische und britische Institute in Afrika sogar Retail-Banking anbieten, machen Schweizer Banken aus Angst vor Negativschlagzeilen gar nichts. Die Chinesen investieren Milliarden in Afrika – nicht weil sie etwas zu verschenken haben, sondern weil sie Geld verdienen wollen. Das klingt nicht so karitativ, doch sie schaffen damit echte Arbeitsplätze und echte Lebensgrundlagen für einen wachsenden Teil der Bevölkerung.

Michael W. Büchi war von 2000 bis 2010 für das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in verschiedenen Funktionen insbesondere in Angola und in anderen afrikanischen Ländern tätig. Danach gründete er die Firma Büchi International Services, die Beratung und Projektbegleitungen anbietet.